



www.dielinke-berlin-mitte.de

Die Linke

Bezirksverband
Mitte

mittendrin

Ausgabe 10 | 2024 • Information des Bezirksvorstandes und der BVV-Fraktion • DIE LINKE Berlin-Mitte | Tiergarten | Wedding



HARTZ-IV HEISST JETZT BÜRGERGELD

Das 2005 durch die Schröder-Regierung im Sinne des Kapitals eingeführte Arbeitslosengeld II, das im Volksmund genannte Hartz-IV, führte staatlich beabsichtigt zu einer Verarmung der unteren arbeitenden Klassen und Schichten, um sie in den zur gleichen Zeit durch die Einführung der Leiharbeit und Mini-Jobs sowie Tarifbereinigung geschaffenen Niedriglohnbereich zur Arbeit zu zwingen.

Gleichzeitig wurde dadurch in den „mittleren“ Schichten eine Abstiegsangst erzeugt, die das gesellschaftliche Klima bis heute vergiftet und vor

allem durch die Springer-Presse Resentiments gegen die Armen schürt. Erinnerung sei an die unsägliche „Florida-Rolf“-Kampagne der Bild-Zeitung.

Die Maßnahmen waren in dem Sinne ein „Erfolg“, als dass gut ausgebildete Menschen gezwungen wurden eine Arbeit anzunehmen, die nicht ihrer Qualifikation entsprach, und die damit auch entsprechend gering entlohnt wurde. Das wurde vor allem dadurch erreicht, indem bei der Gewährung der Leistung das vorhandene „Vermögen“ der Antragssteller angerechnet wurde. Bei Ablehnung von angebotenen Stellen und in der Regel sinnfreien

Eingliederungsmaßnahmen der Jobcenter konnten den Beziehern die Leistungen gekürzt oder ganz verweigert werden. Zudem war der Regelsatz so niedrig gestaltet worden, dass jeder, dem es möglich war, schon aus reinem Eigeninteresse diesem System schnellstmöglich entfliehen wollte. So konnte beispielsweise einer Familie mit zwei Kindern, der plötzlich ein hart erarbeitetes Häuschen vom verstorbenen Vater bzw. Schwiegervater vererbt wurde, ohne dabei in der Lage zu sein, es gleich in Bargeld um-

➤ Fortsetzung auf Seite 2

BLICK AUS DEM RATHAUS

Bezirksstadtrat Christoph Keller lädt zur 1. Gesundheitskonferenz in Mitte ein

Seite 4 ▷

STADTENTWICKLUNG

Starke Mieterbewegung aufbauen – Interview mit Max Prause von „Mietenwahn Sinn Nord“

Seite 5 ▷

BUNDESPARTEITAG IN HALLE

Vor wichtigen inhaltlichen und personellen Weichenstellungen

Seite 8 ▷

➤ Fortsetzung von Seite 1

zuwandeln, die Hartz-IV-Bezüge ganz gestrichen werden. „Aufstocker“, das heißt Arbeiter, die so wenig verdienen, dass sie zusätzlich Hartz-IV beantragen mussten, um über die Runden zu kommen, gerieten durch die bürokratische Antragstellung und die gesetzliche Regelung, bei Falschberechnung von Leistungen rückzahlungspflichtig zu werden, schnell in eine Schuldenfalle.

Zudem war die ganze Atmosphäre in den Jobcentern durch dieses Überwachen- und Strafen-Prinzip geprägt. Betrat man ein Jobcenter, hatte man das Gefühl in einem Gefängnis gelandet zu sein.

Welche drastischen Verarmungsmaßnahmen durch Hartz-IV eingeführt wurden, zeigte die Corona-Zeit. Die Regierung setzte sofort die Vermögensanrechnung außer Kraft und das Sanktionsregime wurde so liberalisiert, dass



man ohne Vorbedingung den Regelsatz erhielt. Der „Mittelschicht“ wollten die Herrschenden das Hartz-IV-Regime offensichtlich noch nicht zumuten, hätten

sie sonst doch die Massen auf die Straße getrieben.

Warum schildere ich das Hartz-IV-System so ausführlich? Weil das sogenannte „Bürgergeld“ nach dem selben Prinzip verfährt. Die Einführung des „Bürgergeldes“ durch die SPD-Regierung war einfach eine Umetikettierung nach dem Motto: „Hartz-IV heißt jetzt Bürgergeld.“ Das belegen auch Aussagen von Jobcenter-Chefs in den Sozialausschüssen. Der Unterschied ist folgender: Die heutigen Bezieher sind in der Regel einfach nicht mehr arbeitsfähig und ohne „Vermögen“. Deswegen ist die Hetze gegen Bürgergeld-Empfänger und die Forderung nach einer Absenkung der Leistungen (was zudem gegen das Grundgesetz verstößt) reinste Demagogie, das Treten nach ganz unten.

Sören Pellmann,
Vorsitzender der Gruppe
Die Linke im Bundestag

Rückblick auf den Sommer – Blick auf den Herbst in der Linken Berlin Mitte

Zum Ende der Sommerferien war Die Linke Berlin-Mitte wie jedes Jahr im Heinrich-Heine-Viertel mit unserem Sommerfriedensfest präsent.

Zusammen mit dem Kinderverein Ottokar, der Volkssolidarität und vielen anderen konnten wir nicht nur den Kleinsten mit Basteleien, Musik und Spielen eine Freude machen, sondern auch mit unseren Nachbarinnen und Nachbarn über ihre Anliegen sprechen. Vor dem Hintergrund zweier Kriege in der Ukraine und in Gaza war es uns als Linke wichtig auch dort zu betonen, dass alle Kinder – auch aus geflüchteten und armen Familien – in unserer Stadt willkommen sind und wir ihnen ein gutes Ankommen ermöglichen. Und natürlich gibt es auch einen Zusammenhang zwischen Kinderarmut und der stetigen Aufrüstung. Wir sagen: Geld für Kinder statt für Waffen!

Als Bezirksverband Mitte der Linken haben wir während des Sommers Wahlkampfunterstützung in Thüringen, Sachsen und Brandenburg geleistet, denn es ging hier um jede Stimme. Unsere Mitglieder halfen bei Wahlkampfaktionen, beim Verteilen von Flyern, bei Sommerfesten und bei Haustürgesprächen in Erfurt, Dresden, Leipzig, Rathenow, Eberswalde, Strausberg und weiteren Orten. Die Wahlergebnisse sind fürchterlich, sowohl, was den sozialen Zusammenhalt und Mitmenschlichkeit betrifft, als auch für uns als Partei. Die Diskussionen und Auswertungen dieser Wahlen laufen bereits und auch wir in Berlin-Mitte versuchen Rückschlüsse zu ziehen, um unsere Arbeit besser auf die Bedürfnisse unserer Kolleg*innen und Nachbarn ausrichten zu können.

Die Diskussionen der Neuausrichtung der Linken machen sich bereits im Handeln bemerkbar. So will die neugegründete Arbeitsgruppe „Die Linke hilft“ die linken Angebote der Sozial- und Rechtsberatungen im Bezirk verstärken, um mehr Menschen im Alltag zur Seite zu stehen. Ebenso besuchten viele Mitglieder aus Mitte eine berlinweite Aktivenkonferenz Anfang September. In Workshops ging es insbesondere darum, unsere Genossinnen und Genossen zu aktivieren und zu motivieren, für Die Linke – die einzige sozialistische Partei im Deutschen Bundestag – zu kämpfen.

Und nun wirft die Bundestagswahl bereits ihren Schatten voraus. Wir sind derzeit auf der Suche nach der oder dem perfekten Kandidaten für unseren Bezirk Mitte, mit der oder dem wir gemeinsam um das Direktmandat kämpfen wollen. Am 24. Oktober ab 18 Uhr diskutieren wir im Karl-Liebknecht-Haus über die Herausforderungen für linke Kandidierende und können womöglich bereits erste Kandidatinnen oder Kandidaten befragen.

Denn wir wollen gemeinsam kämpfen: für eine lebendige linke Partei, die Frieden, Solidarität und Gemeinsinn in den Mittelpunkt rückt. Die nah bei den Menschen ist, kluge Lösungen erarbeitet und für sie kämpft – komme was wolle. Das versuchen wir auch in Mitte jeden Tag.

Martha Kleedörfer und Martin Neise,
Vorsitzende des Bezirksvorstandes



KURZNACHRICHTEN

► Bundesverdienstkreuz für Susanne Torka

Für ihr leidenschaftliches Engagement seit fast 40 Jahren für die Gegend rund um die Moabiter Lehrter Straße wurde Susanne Torka mit dem Bundesverdienstkreuz ausgezeichnet. 1988 gründete sie den „Verein für eine billige Prachtstraße - Lehrter Straße“, der sich seitdem stark macht gegen Mieterhöhungen, Abriss und Leerstand und leitet den B-Laden in der Lehrter Straße 30 - ein zentraler Treffpunkt in der Nachbarschaft.

► Architekturwettbewerb für Mittes Rathaus

Für Mittes „Rathaus der Zukunft“ ist der Architekturwettbewerb angelaufen. Es entsteht im neuen Stadtquartier rund um das Haus der Statistik am Alexanderplatz. Das Gebäude soll als Pionierprojekt einen Ort für Bürgerinnen und Bürger, Verwaltung, Politik und Stadtgesellschaft schaffen, heißt es in den Auslobungsunterlagen. Doch erst 2029 soll es mit dem Bau losgehen, 2031 ist die Übergabe geplant.

► Japanisches Wakizashi entdeckt

Erneut haben Archäologen auf dem Molkenmarkt einen spektakulären Fund gemacht: ein japanisches Kurzschwert aus dem 17. Jahrhundert. Das sogenannte Wakizashi lag in einem mit Kriegsschutt gefüllten ehemaligen Keller eines Wohngebäudes in der Straßauer Straße, teilte das Landesdenkmalamt mit. In den vergangenen fünf Jahren bargen die Archäologen vor der Neugestaltung des Areals vor dem Alten Stadthaus rund 600 000 Fundstücke der Berliner Geschichte.

► Bußgeld gegen eingemauerte Tauben

Mit hohem Bußgeld von bis zu 25 000 Euro droht das Bezirksamt Mitte bei Einmauerung von Tauben auf Baustellen. Betroffen sind vor allem Jungvögel oder in Nischen brütende Tauben. Mehrfach mussten die Vögel in letzter Zeit von Amtstierärzten gerettet und bei Tierschutzvereinen untergebracht werden.

► Mehr als 150 neue Berliner Ehrenamtler

Etwas mehr als 150 Personen haben sich seit Anfang des Jahres in Berlin für ein Ehrenamt beworben, etwa 80 allein beim „Team Helfen“ für Tierpark und Zoo. Darunter sind 40 Rentner*innen, 30 Menschen, die in einem Beschäftigungsverhältnis stehen, und sechs Studierende und Azubis - 70 Frauen und zehn Männer.



Sandra Pinar - Aus dem indigenen Süden Kolumbiens in den Wedding

Äußerst vielfältig und komplex war das bisherige Leben von Sandra Pinar. Ihr persönlicher Kontakt mit der indigenen Bevölkerung ihres Heimatlandes Kolumbien lässt sie bis heute nicht los. Sie malt mit kräftigen Acrylfarben, Öl, Aquarell, Wachs und Tinte Menschen, Landschaften, Siedlungen, Blumen und Pflanzen - meist exotisch und abstrakt, bemalt ganze Zimmerwände, bedruckt und bemalt Stoffe, selbst für ihre eigenen Kleider und Tücher.

1958 an der kolumbianischen Westküste in einer katholischen Großfamilie geboren, machte Sandra in einer privaten Nonnenschule ihr Abitur. Auf Wunsch ihres Vaters begann sie ein Architekturstudium. „Das war nichts für mich“, schüttelt sie den Kopf. „Nach drei Jahren gab ich auf und ging in den Süden nach Cauca, um Bildende Kunst zu studieren. Dort kam ich vermehrt in den Kontakt mit den indigenen Guambianos, lernte deren Kultur und Lebensstil kennen und war besonders beeindruckt von deren Verbundenheit mit der Natur und minimalistischem Leben“. Als ein Vulkan ausbricht und es zu einer Evakuierung kommt, muss sie ihr Studium vorerst unterbrechen. Aber sie nutzt die Zeit, um als Lehrerin für Zeichnen und Malerei an privaten Schulen zu unterrichten.

Seit ihrer Jugend aber träumt Sandra Pinar vom 9 500 Kilometer entfernten Berlin, gesteht sie. „Mir fielen Reiseberichte und Bilder in die Hände, in Bibliotheken suchte ich Bücher über die deutsche Hauptstadt“. 1991 wurde ihr Traum wahr, begann sie an der Universität der Künste ein postgraduales Studium für Industriedesign. „Mit den Diplomen als Kunsterzieherin, Bildende Künstlerin und Textildesignerin in der

Tasche ging ich nun auf Suche nach einem Job“, blickt sie zurück. Für sie begann eine Odyssee durch die verschiedensten Berliner Unternehmen - zur Bildungseinrichtung für berufliche Umschulung und Fortbildung (BUF), zum Deutschen Muslimischen Zentrum Berlin e.V. (DMK) oder zur Königlichen Porzellan-Manufaktur (KPM). „2016 fand ich meinen idealen Platz bei der gemeinnützigen GmbH PUK a malta in der Dronheimer Straße. In einem großen gemeinsamen Ateliersaal des Bildungsträgers für den Wedding leite ich sozial benachteiligte Menschen, insbesondere Langzeitarbeitslose, bei künstlerischen Arbeiten an, vermittele gerne neuen Lebensmut“. Dabei entstehen unter anderem Zeichnungen, Gemälde, Kissen, Tücher, bemalte Flaschen und Gläser. Seit einigen Monaten steht sie jungen Leuten direkt zur Seite und freut sich über deren Talent und positive Entwicklung.

In der Zwischenzeit gründete Sandra eine glückliche Familie in Wedding mit drei inzwischen erwachsenen Kindern.

Eine tiefgreifende und erfüllende Entscheidung für ihr Leben traf die viel Herzlichkeit ausstrahlende Frau in den 90-er Jahren, sie konvertierte vom Katholizismus zum muslimischen Glauben, „Auf Spanisch habe ich den Koran studiert und mich viel mit dem Islam befasst“, erklärt sie. „Woran man glaubt, entscheidet jeder für sich, doch sollte der Wille für eine friedliche und gerechte Welt immer erhalten bleiben, damit wir gemeinsam in Harmonie leben können. Dazu will ich mit meinen Kunstwerken und meiner sozialen Arbeit beitragen - in meiner zweiten Heimat Berlin“.

Matthias Herold

ICH. KRIEG. DIE KRISE(N)

So lautet das Thema der 1. Gesundheitskonferenz

Klimawandel, Mietenwahnsinn, Energiekrise, Kriege, Inflation oder die Auswirkungen der Corona-Pandemie – trotz dieser Vielzahl aktueller, vergangener und bevorstehender Krisensituationen drohen Prävention und Gesundheitsförderung weiter in den Hintergrund zu geraten.

Im Ringen um Aufmerksamkeit sind präventives Denken und das Bemühen um Chancengleichheit gegenüber dem Blick auf akute Belastungen offenbar immer unterlegen. Andererseits lassen die Belastungen oft überforderte Menschen zurück, die diese multiplen Krisenlagen nicht ohne dauerhafte Beeinträchtigungen überstehen können. Am 16. November lade ich deshalb zur 1. Gesundheitskonferenz in Mitte ein.

Warum dieses Thema? Hier mein sehr persönlicher Antwortversuch: Mich treibt diese Zeit um, als Mensch und als Gesundheitsstadtrat. Sie belastet mich, macht mich ohnmächtig, traurig und wütend. Gleichzeitig wird auch mein Widerstandsgeist geweckt, mein Wille, mich nicht irgendeiner Polemik zu ergeben. Ich gehe los und suche Verbündete, um von ihnen zu lernen und gemeinsam Gesellschaft zu gestalten.

Das ist mein Selbstverständnis als Bezirksstadtrat.

Pandemie, Kriege, Naturkatastrophen - Was nun und andere Fragen?

On- und offline wird erbittert darüber gestritten, wessen Leid wahrhaftiger, gerechtfertigter, gewichtiger ist. Es treffen hochkomplexe Gemengelage auf unterkomplexe Kommunikation. Plakative Lösungen werden propagiert auf der ständigen Suche nach Schuld. Das nächste Katastrophenvideo wartet nur halbherzig versteckt hinter einer Triggerwarnung einen Mausklick entfernt. Ein Diskurs der fehlenden Vorsicht entsteht. All das wird in unsere Wohnzimmer gespült, unter unsere Haut, in unsere Herzen und Köpfe. Was geschieht, wenn wir die andere Meinung, die Unterschiedlichkeit nicht mehr aushalten? Wenn nur noch unsere Freunde die sind, die uns zustimmen. Was geschieht dann mit uns als Gemeinschaft? Was geschieht mit der Demokratie? Können wir der Betroffenheit unserer Nachbarn in einem diversen Bezirk wie Mitte dann noch mitfühlend und solidarisch begegnen?



Gesundheitsstadtrat Christoph Keller und Bezirksbürgermeisterin Stefanie Remlinger auf dem Sommerfest der Psychiatrie im St. Hedwig Krankenhaus (Foto: Christoph Keller)

Was machen Krieg, Krisen, Naturkatastrophen, Hungersnöte mit unserer Realität, hier in Mitte mit unserer mentalen Gesundheit? Denn ganz „nebenbei“ gibt es auch noch genug andere Gründe der Belastung, steigende Mieten, Inflation, Arbeitslosigkeit, Krankheit, Armut, Einsamkeit. Wie finden wir zueinander und was kann der Öffentliche Gesundheitsdienst dabei leisten? Wie bleiben wir als Gemeinschaft gesund? Deshalb diese Konferenz!

Denn wenn ich nicht genug weiß, dann suche ich Menschen, die etwas tun, höre zu und lerne.

Christoph Keller,
Bezirksstadtrat der Abteilung Jugend,
Familie und Gesundheit

Lissi Schröder folgt Rüdiger Lötzer

Zu Beginn der September-BVV-Sitzung begrüßten wir Lissi Schröder als neues Fraktionsmitglied. Die BVV-Vorsteherin hieß Lissi in der BVV ganz offiziell willkommen.

Lissi ist am 1. September für Rüdiger Lötzer als Bezirksverordnete nachgerückt und vertritt uns in den Ausschüssen Stadtentwicklung und Facility Management, Gesundheit sowie Verkehr und Ordnung. Sie war als Teil der Stadtteilvertretung „mensch. müller“ und als Bürgerdeputierte im Ausschuss für Soziale Stadt kommunalpolitisch aktiv. Rüdiger verlässt uns nach 13 Jahren Kommunalpolitik und acht Jahren als Bezirksverordneter. Er war zuletzt Vorsitzender des Ausschusses für Soziales, Arbeit, Bürgerdienste und Wohnen und saß für uns in den Ausschüssen für Gesundheit, Verkehr & Ordnung sowie im Sozialhilfebeirat.

Neben der BVV arbeitete er eng mit der Senior*innenvertretung und dem Behindertenbeirat zusammen. Wir bedanken uns herzlich für sein unermüdliches Engagement und wünschen ihm einen wohlverdienten Ruhestand. Zugleich blicken wir nach vorn und freuen uns über Lissi als Neuzugang und auf die Zusammenarbeit mit ihr. Unser Antrag zum Erhalt der Habersaathstraße 40–48 wurde in der Sitzung von CDU und Grünen in die Ausschüsse Stadtentwicklung und Facility Management sowie Soziales, Bürgerdienste und Wohnen überwiesen. Wir verfolgen, wie es mit der neuen Abrissgenehmigung weitergeht. Große Aufmerksamkeit erhielt erneut das Thema Friedensstatue. Anlass war der Einwohnerantrag des Koreaerverbands, der den dauerhaften Erhalt der Statue an ihrem Standort in Moabit (Bir-

kenstraße/ Bremer Straße) fordert. Der Verband sammelte über 1.700 Unterschriften für den Erhalt der Statue „Ari“. Am späten Nachmittag fand vor dem Rathaus eine Kundgebung statt; die beantragte Thematische Stunde wurde per Livestream an die Demonstrierenden übertragen. Obwohl der Antrag von der BVV ohne Änderungen beschlossen wurde, liegt die Entscheidung über den Verbleib der Statue bei Stadtrat Schriener und Bezirksbürgermeisterin Remlinger (beide Grüne), die dem Koreaerverband bereits Bußgelder androhten, sollten sie die Statue nicht abbauen. Remlinger bemüht sich nun um einen „Kompromiss“: die Aufstellung der Statue auf Privatgelände. Wir sehen das kritisch, da die Statue dem Willen des Eigentümers ausgesetzt wäre.

Rosa Schick,
Geschäftsführerin der BVV-Fraktion

BEI ANDEREN GELESEN

The European schilderte jüngst die Lage vor den Landtagswahlen so: „Unsichere Jobs, wenig bezahlbare Wohnungen, fehlende Ärzte, ausgedünnter Nahverkehr, marode Schulen – dazu die ‘großen’ Probleme: Krieg, Flucht, Migration. Viele Menschen – nicht nur im Osten der Republik – verlieren den Glauben, dass ‘die Politik’ fähig ist, grundlegend daran etwas zu ändern. Sie blicken düster in die Zukunft, weil ihre Alltags-Wirklichkeit von ‘der Politik’ ignoriert wird. So gerät die Demokratie außer Takt.“

Die **Leipziger Volkszeitung** schrieb nach dem Wahltag in Sachsen: „Die gewonnenen Direktmandate der Linken in Leipzig verhindern nun zwei Dinge: eine sächsische Landespolitik ohne jeglichen Einfluss der Linken – und eine Fortführung der Kenia-Koalition mit einem ‘Weiter so’ in Sachsen. Eines kann dieses Ergebnis aber nicht vermeiden: einen Neustart der Linken.“

Die **Thüringer Allgemeine** war bei der Linken in Erfurt: „Als um 18 Uhr die ersten Zahlen da sind, ist keine Überraschung in den Gesichtern zu sehen, eher erwartete Resignation.“ „Der Bodo-Bonus, er trug die Linkspartei nur auf 13 Prozent,“ stellte die **taz** fest und weiter: Immerhin dreimal so viel, wie die Genoss:innen in Sachsen erhielten, aber nie kam die Partei in Schlagnähe der CDU. Dabei schmiss sich Ramelow mit Leib und Seele in den Wahlkampf. (...) Mantraartig wiederholte er, er kämpfe gegen die Normalisierung des Faschismus, sein Ziel sei eine stabile demokratische Mehrheitsregierung.“

Nach der Brandenburg-Wahl hieß es in der **Märkischen Allgemeinen**: „Mit den Linken verschwindet eine Partei aus dem Landtag, die seit 1990 in der märkischen Landespolitik eine wichtige Rolle gespielt hat. Ihr Ausscheiden dürfte wesentlich auf das neue Bündnis Sahra Wagenknecht (BSW) zurückzuführen sein, das sich mit seinen Themen (Russland, soziale Gerechtigkeit, Migration) speziell an eine ostdeutsch geprägte Wählerschaft gewandt hat, die sich von der Linken zuletzt nur noch bedingt abgeholt fühlte.“

Laut **Tagesspiegel** müsse die Linke nun ihren Platz verteidigen, denn: „Eine – wirklich – linke Partei im Spektrum sollte es schon noch geben: fürs politische Gleichgewicht und als wahrnehmbare Stimme in der demokratischen Debatte.“

Selbstbewusstsein im Kampf um Mieten

Interview mit Max Prause von „Mietenwahnsinn Nord“

Wohnungsnot und Verdrängung durch völlig überhöhte Mieten sind in Berlin alltäglich geworden. Während sich andere europäische Großstädte wie z.B. Wien erfolgreich dagegen gewehrt haben, stagnieren die Auseinandersetzungen um Forderungen der Mietbewegung in Berlin. Hier findet kaum noch jemand eine bezahlbare Wohnung und viele Wohnungen sind deswegen überbelegt. Was lässt sich dagegen tun, Max Prause?

mehrere Jahre, um zu wachsen. Ein Beispiel sind die Maxgärten in der Maxstraße im Wedding: nach einem Jahr konsistenter Arbeit kommen wir an den Punkt, tatsächlich eine wehrhafte Hausgemeinschaft aufgebaut zu haben. Auch wirtschaftlich war das ein großer Erfolg, denn viele Betriebskosten, die von Mieter*innen gezahlt werden sollten, konnten einbehalten werden. Hier wurden bis zu 3.500 Euro Nachzahlung gefordert, und das konnten wir erfolg-



Das Bündnis gegen Mietenwahnsinn mit seinen Transpib bei der Mietendeckel-Demo in Berlin
© Foto: „Hände weg vom Wedding“

Weil Bundes- und Landesregierung beim Mieterschutz komplett versagen, müssen wir die Sache selbst in die Hand nehmen und eine starke, klassenbewusste Mietbewegung aufbauen. Das beginnt mit Hausgemeinschaften, die sich gegen die Zumutungen ihrer Vermieter wehren können. Unser Ansatz dafür sind Betriebskosten-Checks: die meisten Nebenkosten sind fehlerhaft berechnet, und als Hausgemeinschaft kann man viel Geld vom Vermieter zurückholen, wenn man sich gemeinsam dagegen wehrt.

Aber wie erreicht man, dass die betroffenen Mieter mehr Selbstbewusstsein entwickeln: 1. beim Nachprüfen der Betriebskostenrechnungen, 2. bei den Forderungen gegenüber fehlerhaften Berechnungen und 3. beim Aufnehmen von Verbindungen zu Mieterorganisationen, die auch später helfen können, die eigenen Interessen als Mieter*innen durchzusetzen?

Ein nachhaltiger Ansatz ist dabei wichtig – solche Strukturen brauchen

reich abwehren. Der Aufbau solcher Mietergemeinschaften in den Häusern dient vor allem den eigenen Interessen der Mieter*innen selbst.

Wäre nicht ein größerer Anteil von Sozialwohnungen dringend geboten?

Wir sind keine großen Verfechter von „sozialem Wohnungsbau“. Das Beispiel Europa-City zeigt, wie sowas häufig läuft: erst wurde der Anteil von Sozialwohnungen ständig heruntergehandelt – und zum Schluss wurden überhaupt keine gebaut. Das bisherige Konzept bringt sowieso keinerlei nachhaltige Lösung, denn die Wohnungen fallen ja auch wieder aus der Sozialbindung. Wohnungsbau sollte zu 100 Prozent kommunal passieren. Zur Finanzierung kann man sich z.B. am Wiener Modell der 1920-er und 30-er Jahre orientieren: die damaligen Wohnungen wurden z.B. aus Luxussteuern finanziert.

Das Gespräch mit Max Prause von „Mietenwahnsinn Nord“ führte

Rainer Scholz

In meiner kleinen Mitte ...

Ich wohne mittendrin in Mittes kleiner Mitte, wo die Cafés, Spätis, Feinkost, teure, weniger teure Restaurants, Galerien, Parfüm, Schmuck, kaum Buchläden, dafür Kinos, Museen, Antiquariate, Second Hand, allerneuste Mode und Schuhe, Kabarett, Apple-Filiale, kleine Parks, Theater, auch imposante Neu- und Umbauten wie Telegrafenturm und Tacheles fußläufig erreichbar sind.

Gadgets, Personalmangel und time-is-money sorgen dafür, dass man im Lokal sein Hühnchen am Touchscreen ordern kann ... Altersschwäche soll das ÖPNV-Chaos ausgelöst haben? Für mich heißt altersschwach, dass Jüngere rennen, während ich die Bahn verpasse. Die Straße ihr Laufsteg, mir bleibt Too-Good-To-Go, ich kann per App zahlen, Überraschungspaket mit Gemüse, Suppen, Vortags-Backwaren zum halben Preis abholen, am Hauptbahnhof sogar Scones, Clotted Cream und Erdbeerkonfitüre... Ästhetischer Minimalismus missfällt mir. In die Tucholsky kommt eine Bakery Augustus? Wird sie

plüschig? Tor-/Ecke Ackerstraße gibts keinen Friseur mehr, dafür'n „Sant Buena“ mit mediterranen Konserven, Café, Gebäck, am anderen Straßende wie bisher „Cigarren, Kaffee & Whisky“, verschwunden ist der Gemüse- und Blumenladen, das Geschäft für hausgepresstes Bio-Leinöl zieht zum Wedding, auch die Invaliden hat jetzt einen Hundesalon und seit wann kredenzt in der Brunnenstraße das Lokal VOLK auf weißen Tischdecken temperierte Weine zu Meerestier, Fisch und Austern? Berlins provinzielle politische Elite verkennt die urbanen Zugewinne. Zur Artweek sah ich Ältere mit Kennerblick trotz stolpriger Gehwege, Baustellen, E-Roller, rasender Fahrräder in Galerien eilen, sie mögen auch Graffiti, Streetfood, Kaffee und Wein. Die Woche drauf war Food Festival Berlin, am Wochenende italienischer Foodmarket. Sonne pur, beste Stimmung, lange Tische im kleinen Grünen, Kulinarisches wurde auch erklärt. Foodies aus nah und fern naschten, tranken, schwatzten in und um die romantische „Villa Elisabeth“



Kulinarische Entdeckungen in der „Villa Elisabeth“

herum... Nach dem Altweibersommer fallen Blätter, die gestrige Gemütlichkeit ist vergessen, auch die Kneipe als Wohnstube des Proletariers. Im Zeughauskino sehe ich alte Filme, anderswo neue, Theater befremdet mich, teurer sind Karten für „Meistersinger“, Verkehrsberuhigung ist eine Schimäre, und nachts flanieren Ratten über den Hackeschen Markt. Wohin eilt die Zeit? Am 2. Oktober um 18.22 Uhr beginnt das jüdische Jahr 5785, drei Monate später ist 2025...

Irene Runge

Tipps für drinnen und draußen, für Tagaktive und Nachtschwärmer

Zur 14. „**Familiennacht**“ wird am 12. Oktober an verschiedene Orte in Berlin und dem Umland eingeladen. Zwischen 17 und 24 Uhr werden über 180 meist kostenfreie Veranstaltungen stattfinden. Anmeldungen sind nicht erforderlich. Geboten werden Artistik, Bilderbuchkino, Experimente, Naturerkundungen, Lagerfeuer, Nachtgolfen, Theater und vieles mehr. Kinder und ihre Familien können am Abend und in der Nacht Neues erforschen, Spannendes erleben und Unbekanntes ausprobieren, so die Veranstalter. Allein im Bezirk Mitte stehen 31 Veranstaltungen auf dem Programm, darunter die festliche Eröffnung von 17 bis 23 Uhr im ATZE Musiktheater in der Luxemburger Straße 20. Näheres unter www.familiennacht.de.

Zum Auftakt ihrer zweiten Spielzeit im Schillertheater lädt die **Komische Oper** am Sonntag, dem 13. Oktober, ab 10 Uhr zum Spielzeiteröffnungsfest ein. Eingeladen sind Kinder, Jugendliche und Erwachsene – und zwar kostenlos. Die Oper verspricht: „Wir werden für und mit euch musizieren, dirigieren, improvisieren, singen, tanzen, schminken, vorlesen und Theater spielen. In diesem Jahr dreht sich alles um die Premiere der neuen Kinderoper 'Die kleine Hexe.'“

Das **Köpenicker Herbstspektakel** erwartet seine Gäste vom 25. bis 27. Oktober im Luisenhain am Rathaus. Auf zwei

Bühnen gibt es ein buntes Angebot mit Kinder-Fahrgeschäften, Live-Konzerten und Partys. Am Freitag um 21 Uhr und am Samstag um 20 Uhr dann ein besonderer Höhepunkt: Die Halloween-Feuershow.

Vom 4. bis 13. Oktober findet – nunmehr bereits zum 20. Male – das **Festival of Lights** statt. Zwischen 19 und 23 Uhr werden viele Wahrzeichen und historische Orte der Hauptstadt mit Licht inszeniert. Nehmen Sie sich Zeit, schlendern und entspannen Sie, Fotografieren ist kein Muss! Das gilt generell für **Spaziergänge im Goldenen Herbst**. Friedrichshain, Tiergarten und Treptower Park, Wuhletal und Schlosspark Charlottenburg – in Berlin gibt es zahlreiche Möglichkeiten. Für Wanderer und Pilzsammler bieten sich Müggelberge, Treptower Forst oder Grunewald ebenso an wie Tegeler-, Bucher- und Spandauer Forst. Im Brandenburgischen ist der Buchenwald Grumsin ein lohnendes Ziel. Das UNESCO-Weltnaturerbe liegt im Biosphärenreservat Schorfheide-Chorin.



Georg Fehst

Reagiert linke Politik auf Attentate wie das von Solingen?

Nach dem Attentat eines Islamisten in Solingen hat sich die Stimmung hierzulande noch einmal aufgeheizt. Viele Menschen haben Angst vor derartigen Anschlägen. Sie beschleicht das Gefühl, diese kommen aus einer bedrohlichen Sphäre und könnten jeden treffen. Islamistische Ideologie wird als etwas von außen Stammendes wahrgenommen.

Zugleich haben daher viele Menschen in unserem Land gleichzeitig Angst vor der Reaktion in Medien, Parteien und aus der Bevölkerung auf solche Anschläge. Denn sehr schnell geht es in den Debatten nicht mehr um die Frage, was gegen solcher Art Terrorismus getan werden kann. Von rechts befeuert werden stattdessen ganze Bevölkerungsgruppen, Geflüchtete und allgemein Muslime, unter Generalverdacht gestellt. Solch ein Generalverdacht trägt jedoch nichts zum Sicherheitsgefühl bei, sondern sät Hass und Misstrauen.

Dem Generalverdacht folgen in jüngster Zeit die entsprechenden „Maßnahmepakete“. Diese drehen sich nicht etwa vorrangig um die Frage, wie

die Radikalisierung junger Menschen frühzeitig vermieden und Indoktrination durch Terrorgruppen wie den IS verhindert werden kann. Sondern die Regierungspolitik im Bund und auch in Berlin folgt den Rechtsextremen: weitgehende Einschränkungen des Rechtes auf Asyl und Entzug von Sozialleistungen, Abschiebungen auf breiter Front und die Ausweitung von Abschiebehaf. Das Attentat von Solingen wird benutzt, um eine menschenfeindliche Politik insbesondere gegen Geflüchtete durchzusetzen.

Wir haben als Linke in dieser Situation zwei Aufgaben: zum einen diese rassistischen Debatten und die Angriffe auf Menschenrechte wie ein ordentliches Asylverfahren klar zurückzuweisen. Es waren die syrische Community und viele Muslime, die in Solingen große Trauerkundgebungen für die Opfer des grausamen Anschlags veranstaltet haben. Die Gesellschaft mit ihren vielfältigen Hintergründen ist unteilbar. Wenn in Deutschland gegen Muslime gehetzt wird, dann hat der IS sein Ziel eines Kulturkrieges erreicht. Die zweite Aufgabe einer Linken ist es, an der Seite



der Opfer von Terror zu stehen. Dies bedeutet, Deradikalisierung und Prävention voranzubringen. Auch in Berlin arbeiten gute Projekte in diesem Bereich, die gerade jetzt nicht den Haushaltskürzungen zum Opfer fallen dürfen. Zugleich hat nicht zuletzt der Untersuchungsausschuss zum Breitscheidplatzanschlag gezeigt, wie schlecht unsere Ermittlungsbehörden teilweise arbeiten. Es braucht keine neuen Befugnisse, sondern erstmal eine angemessene Arbeitsweise.

Tobias Schulze,
Fraktionsvorsitzender und Sprecher
für Wissenschaftspolitik der
Linksfraktion im Abgeordnetenhaus

Die Linke unterstützt Mieter*innen in unterschiedlichsten Problemlagen

Mieter*innen, Rechtsberatung oder Öffentlichkeitsarbeit

Mieter*innen der Häuser Sprengelstraße 45 und 46 im Wedding nahmen am 17. September im Hof der Sprengelstraße 46 an einer Mieterversammlung teil, an der sich auch die Gesoplan, eine von der Gesobau beauftragte Beratergesellschaft, sowie Martha Kleedörfer, wohnungspolitische Sprecherin der Linken-Fraktion der BVV in Mitte und Tobias Schulze, Mitglied des Abgeordnetenhauses der Linken, beteiligten.

Die Gesobau wurde darauf aufmerksam gemacht, dass es offenbar Modernisierungsankündigungen gibt, die nicht individuell auf die Wohnungen abgestimmt sind, und bei denen anscheinend Modernisierungen berechnet wurden, die so nicht umlagefähig sind. Denn es gibt sehr unterschiedliche Voraussetzungen in den Wohnungen – von Ofenheizung und ohne Bad über Teilsanierung bis hin zu bereits 2020 modernisierten Wohnungen. Nicht wenige

Mieter*innen äußerten ihren Unmut darüber, dass manche der Umlagen rechtlich überhaupt nicht möglich sind.

Am 18. September fand noch ein weiteres Gespräch u.a. zwischen Martha Kleedörfer und Vertretern der Gesobau statt, bei dem Martha Kleedörfer die Anliegen der bei der Mieterversammlung vorgetragenen Meinungsäußerungen der Mieter*innen vortrug.

Unterstützung der Mieter*innen bei der (auch rechtlichen) Prüfung der Modernisierungsvereinbarungen bietet Die Linke im Wedding ohnehin an, z.B. bei der Sozialberatung im Linkstreff, Malplaquetstr.12, jeden Freitag 16 – 18 Uhr, oder bei Rechtsanwalt André Roesener an jedem ersten Mittwoch des Monats von 17.30 bis 19.00 Uhr im Nachbarschaftszentrum Brunnenstraße 145 oder an jedem dritten Mittwoch des Monats von 17.30 bis 19.00 Uhr im Kreativhaus, Fischerinsel 3. Gern können Sie sich auch an das Büro des

MdA Tobias Schulze, Tegeler Straße 39, wenden, der übrigens auch bei der Mieterversammlung im Hof der Sprengelstraße 46 anwesend war.

Rainer Scholz

Wir gratulieren im Oktober zum Geburtstag!

- Zum 97. Peter Knoll
- Zum 92. Maria Seifert
- Zum 89. Margot Budzisch
- Zum 88. Sonja Striegnitz
- Zum 87. Almuth Kilian
- Zum 86. Heinz Raddatz
- Zum 85. Klaus Eichler, Wilfried Jugl
- Zum 82. Marguerite Blume-Cardenas, Ilse Klein-Ortega, Regina Woesner
- Zum 81. Heide-Dagmar Birgel, Bärbel Seidel, Roland Herbert
- Zum 80. Brunhilde Herbst
- Zum 70. Brigitte Grabe
- Zum 65. Elke Bartsch, Andreas Borchardt

DAS IST DAS LETZTE

„Das sind schwere Zeiten für Sozialisten. Zumal sie nicht mehr wissen, was sie wollen. Die gesamte Linke ist perdu.“

Was ich da in der Zeitung lese, ist ebenso ernüchternd wie realistisch. Weiter heißt es: „Die Fragen des 3. Jahrtausends bleiben ohne Antwort. Das siegreiche kapitalistische System stürzt die Welt in eine Vielzahl dauerhafter Konflikte. Dennoch gibt es keine äußere Alternative mehr. Der Sozialismus versuchte es und mißlang. (...) Die radikale anti-kapitalistische Linke ist antiquiert. Ihre Modernisierung steht an. Oder ihr gänzlicher Untergang. Wozu sie sich auch entscheiden möge, eines ist sicher: Ohne linkes Potential kann dieses Deutschland kreuzgefährlich werden. Was nun? Wenn eine Lehre der Zeitgeschichte zu ziehen ist: Den Sozialismus gibt es weder als Staat noch als realisierbare Utopie. Sozialisten werden genauso benötigt wie Christen. (...) In einer pluralistischen Demokratie ist für alle Platz, oder sie sägt sich den Ast ab, auf dem sie sitzt.“

Keine Hoffnung für die Linke? Vielleicht doch, denn der hier zitierte Artikel erschien vor über dreißig Jahren, am 6. September 1991, im „Neuen Deutschland“ (ND). Und da ist sie immer noch, die Partei des Demokratischen Sozialismus, heute Die Linke! Sie stieg auf als soziale Kümmererpartei, verkümmerte jedoch als politischer Kramladen. Gesamtdeutsch wollte sie stets sein, wuchs spät im Westen und vernachlässigte dann den Osten. Viele Mitglieder leisteten und leisten Kärnerarbeit, für andere wurde die Karriereleiter attraktiv. Es gab und gibt mutige Streiter und nervige Streithansel. Die Linke flog als Fraktion aus dem Bundestag und kehrte gestärkt zurück. Jetzt ist sie ein Grüppchen. Mitregieren war verdächtig, Opposition wurde toleriert.

Ich habe eingangs aus einem Essay des Schriftstellers Gerhard Zwerenz zitiert. Als Parteiloser saß er von 1994 bis 1998 für die Sozialisten im Bundestag. Über seinem ND-Beitrag stand: „Kopf hoch, Freunde“.

Schorsch

Impressum:

Bezirksvorstand Berlin-Mitte
der Partei DIE LINKE
Geschäftsstelle: Kleine Alexanderstr. 28, 10178 Berlin
Telefon: 24 009 336/204
E-Mail-Adresse: info@die-linke-berlin-mitte.de
Internet: www.dielinke-berlin-mitte.de
V.i.S.d.P.: Thilo Urchs
Satz + Druck: R. Serinek / Druckerei Gottschalk, Berlin
Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Eine Paralleltät zwischen grammatischem und natürlichem Geschlecht Genus und Sexus) besteht nicht.
Bezeichnungen mit der Endung –innen werden deshalb nur verwendet, wenn ausschließlich von weiblichen Personen die Rede ist.
Redaktionsschluss: 25.09.2024
Ausgabetermin für Nr. 11/2024 – 07.11.2024



Weichenstellungen auf dem Bundesparteitag in Halle

Vom **18. bis 20. Oktober** veranstaltet **Die Linke** ihren **Bundesparteitag in Halle** (Saale). Es wird ein besonderer und vor allem spannender Parteitag. Die Delegierten haben die Aufgabe, alle zentralen Parteiämter – Vorsitzende, Vorstand, Bundesgeschäftsführer*in und Bundesschatzmeister*in – neu zu wählen. Es handelt sich dabei um turnusgemäße Wahlen – so schreiben es Parteisatzung und Parteiengesetz vor. Reine Routine sind sie dennoch nicht. Die Wahlen fallen mitten in die größte Krise seit Bestehen der vergleichsweise jungen Partei. Die Wahlergebnisse gehen schon seit einiger Zeit zurück. Nach einem langen und zermürbenden innerparteilichen Streit kam es zur Abspaltung nach rechts durch das Bündnis Sahra Wagenknecht. Bei den anstehenden Wahlen wird es nicht nur um personelle Entscheidungen gehen, sondern auch um inhaltliche.

Soviel steht bereits fest: Die beiden derzeitigen Co-Vorsitzenden Janine Wissler und Martin Schirdewan treten nicht mehr an. Bis dato haben sich zwei Personen bereiterklärt, für dieses Amt zu kandidieren: der Biologe Jan van Aken und die Publizistin Ines Schwerdtner. Van Aken hat internationale Erfahrung u. a. als Biowaffeninspekteur für die Vereinten Nationen. Er ist ein ausgesprochener Kritiker der Rüstungsindustrie und engagiert sich für die friedliche Lösung von Konflikten. Seine jüngste Publikation trägt den Titel „*Worte statt Waffen: Wie Kriege enden und Frieden verhandelt werden kann*“ (Berlin 2024). Schwerdtner war Chefredakteurin des Magazins „*Jacobin*“ und trat als Kandidatin für Die Linke zur letzten Europawahl an. Beide sind sich einig, dass sie als Team für den Vorsitz der Partei Die Linke antreten wollen. Neben den Vorsitzenden wird auch der gesamte Parteivorstand neugewählt. Er besteht aus 24 Personen (inkl. der Vorsitzenden).

Eine inhaltliche Weichenstellung gibt es mit einem Antrag zum bedingungslosen Grundeinkommen (BGE). Er ist Folge eines Mitgliederentscheides, der das BGE in das Parteiprogramm aufnehmen will. Das Thema ist jedoch nach wie vor umstritten – innerhalb wie außerhalb der Partei. Am Ende entscheiden einzig die Delegierten des Parteitages darüber. Sie sind nicht an den Mitgliederentscheid gebunden. Ein Votum für das BGE würde der Partei Die Linke ein Alleinstellungsmerkmal beschere, aber auch die nicht einfache Herausforderung, die Wähler*innen davon zu überzeugen.

Michael Frey



Rechts-
und Sozial-
beratung

Haben Sie Ärger mit dem Amt oder Jobcenter? Probleme mit dem Vermieter oder der Vermieterin, Inkasso oder Arbeitgeber*in? Dann kommen Sie gerne in unsere Sprechstunde!

Wenn möglich, melden Sie sich bitte vorher an. Sie können uns zu Ihrem Problem gerne per Mail informieren.

sozialberatung@linkstreff.de

Malplaquetstraße 12, 13347 Berlin,
Tel.: 030 28705751

Die Sozialberatung findet jeden Freitag von 16 bis 18 Uhr statt.

KOSTENLOSE SOZIAL- UND MIETERBERATUNG

der Linksfraktion in der BVV und des Bezirksvorstandes der Partei Die Linke – mit **Rechtsanwalt**

André Roesener

- an jedem **ersten Mittwoch des Monats** von 17.30 bis 19.00 Uhr im Nachbarschaftszentrum „Bürger für Bürger“ der Volkssolidarität, Brunnenstr. 145, 10115 Berlin – und
- an jedem **dritten Mittwoch des Monats** von 17.30 bis 19.00 Uhr im Kreativhaus, Fischerinsel 3, 10179 Berlin.